

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Wirtschaft und Entwicklung

Bevölkerung und Entwicklung: 28. Sondertagung der UN-Generalversammlung 2014 (Kairo+20)

- Kairoer Aktionsprogramm soll auch nach 2014 weiter umgesetzt werden
- Umfassender Ansatz für Post-2015-Entwicklungsagenda gefordert

Steffen Angenendt · Silvia Popp

(Vgl. zuletzt den Bericht von Ansgar Skriver über die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo, VN, 5/1994, S. 18of.)

Vor 20 Jahren beschloss die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (International Conference on Population and Development – ICPD) in Kairo eine Neuorientierung der Bevölkerungspolitik: Das globale Bevölkerungswachstum sollte nicht mehr vornehmlich durch Familienplanung eingedämmt werden, sondern durch eine Stärkung der sexuellen und der reproduktiven Gesundheit und reproduktiven Rechte (SRG+RR). 179 Staaten erkannten diese Rechte erstmals als Teil der Menschenrechte an und verabschiedeten ein Aktionsprogramm mit Zielvorgaben bis 2015. Doch wie sieht die Bilanz nach zwei Jahrzehnten aus?

In mindestens fünf Bereichen wurden Erfolge erzielt – wenn auch oft nicht im angestrebten Umfang: So konnte **erstens** die Müttersterblichkeit weltweit fast halbiert werden. Aber immer noch sterben täglich fast 800 Frauen an Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt. **Zweitens** wurde die Verfügbarkeit von modernen Verhütungsmitteln verbessert. Trotzdem haben auch heute noch mehr als 200 Millionen Menschen einen ungedeckten Bedarf an Verhütungsmitteln. **Drittens** wurden bei der Bildung von Mädchen große Erfolge erzielt. Global betrachtet haben Mädchen mittlerweile den gleichen Zugang zur Schulbildung wie Jungen. Allerdings gilt das nur für die Grundschule. **Viertens** sind in vielen Ländern Fort-

schritte bei der rechtlichen und sozialen Gleichstellung marginalisierter Gruppen wie Lesben und Schwule sichtbar. Das gilt jedoch nicht für alle Teilnehmerstaaten der Kairoer Konferenz, und in einigen Ländern sind sogar Rückschritte zu beobachten. **Fünftens** wurden Fortschritte bei der Bekämpfung von HIV/Aids erzielt. Dennoch infizieren sich jedes Jahr weiterhin mehr als zwei Millionen Menschen mit dem Virus.

Insgesamt fällt die Bilanz des Kairoer Aktionsprogramms gemischt aus: Viele Maßnahmen sind nur teilweise umgesetzt oder haben nur einen Teil der Bevölkerung erreicht.

Die Gründe dafür sind vielfältig: das anhaltende Wachstum der Weltbevölkerung, vor allem der Jugendbevölkerung in vielen Entwicklungsländern, mit erheblichen Folgen für die innere Stabilität dieser Länder; gestiegene Lebenserwartung mit zusätzlichen Belastungen für die Renten- und Sozialsysteme; Migrations- und Fluchtbewegungen; rasche Verstädterung, vor allem in Entwicklungsländern, mit wachsenden Armutsvierteln, der Klimawandel, dessen Folgen gerade die ärmsten Länder betreffen, letztlich auch oft fehlender politischer Wille.

All diese Herausforderungen wären Anlass für eine weitere, auf grundlegende Reformen und ehrgeizige Ziele drängende Weltbevölkerungskonferenz gewesen. Die **28. Sondertagung der UN-Generalversammlung** über die Weiterverfolgung des Aktionsprogramms der Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung von Kairo (Kairo+20) am 22. September 2014 in New York beschränkte sich jedoch weitgehend auf die Bilanzierung der bisher erzielten Erfolge. Die Debatten waren von dem Wunsch getragen, einen möglichst breiten Konsens zu den bevölkerungspolitischen Kernfragen zu finden.

So waren sich die Teilnehmenden weitgehend einig, dass weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die 1994 gesetzten Ziele zu erreichen, und dass dabei neue Herausforderungen wie Migration, Urbanisierung und Klimawandel einbezogen werden müssen. Insgesamt soll ein systematischer, integrierter und

umfassender Ansatz im Rahmen der Post-2015-Entwicklungsagenda verfolgt werden. Dieser soll vor allem eine größere Geschlechtergerechtigkeit, die Stärkung von Frauenrechten, mehr Investitionen in junge Menschen (auch im Rahmen von umfassender Sexualaufklärung), inklusives ökonomisches Wachstum und einen universellen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit umfassen.

Die Debatte schließt damit an den Entwurf der Offenen Arbeitsgruppe über Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Open Working Group – OWG) im Rahmen der Vorbereitungen der Post-2015-Agenda an. Im Unterziel 3.7 wird ebenfalls bis 2030 der universelle Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen, inklusive Familienplanung, gefordert. Ferner wird die Bedeutung von Information und Bildung bekräftigt und die Integration von Programmen zur reproduktiven Gesundheit in nationale Entwicklungsstrategien gefordert. Zudem bekräftigt Unterziel 5.6 neben SRG auch RR.

Angesichts des politischen Kontextes der Sondertagung verwundern diese defensive Herangehensweise und auch der Verzicht auf eine Abschlusserklärung nicht. Im Vorfeld der Sondertagung hatte sich bei Regierungen und NGOs, die für Fortschritte auch bei diesen schwierigen Themen eintreten – wie viele lateinamerikanische Staaten – die Überzeugung durchgesetzt, dass es vor allem darum gehen müsse, das Thema SRGR in die Post-2015-Agenda zu verankern. Angesichts des zu erwartenden Widerstands einiger Staaten, etwa Russlands, Irans und einiger afrikanischer Staaten, schien es notwendig, sich auf die konsensfähigen Fragen zu konzentrieren und die politisch umstrittenen Fragen auszuklammern. Hierzu gehörten ein besserer Zugang zu integrierten und guten Dienstleistungen, eine umfassendere Sexualerziehung von Heranwachsenden, legale und sichere Abtreibungsmöglichkeiten, die internationale Anerkennung sexueller Rechte und ein größerer Einsatz gegen Diskriminierung, Missbrauch und Gewalt aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.